



MITTAGSPOST

Ausgabe 19/2023

Fraktion

Einen Tag nach der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) mit dem Bundeskanzler ist Olaf Scholz am Dienstag in die Fraktion gekommen, um über die Ergebnisse zu informieren. Bund und Länder hätten mit den gefassten Beschlüssen deutlich gezeigt: Wir stellen uns gemeinsam den gewaltigen Herausforderungen und handeln konkret, schnell und verlässlich. Die MPK hat eine Vereinbarung zur Finanzierung der Kosten für Geflüchtete getroffen und sich zum gemeinsamen Ziel von mehr Steuerung und Ordnung der Migration bekannt. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe lässt der Bund die Kommunen nicht allein. Die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter vor Ort ist ein wichtiger Teil des gesamten Migrationsthemas, mit dem wir uns seit Längerem auseinandersetzen. Neben Zuwanderung, die wir durch die Änderung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes erleichtern wollen, müssen wir gemeinsame europäische Regelungen durchsetzen.

Außerdem haben Bund und Länder den Deutschland-Pakt weiter ausbuchstabiert: Über 30 bereits initiierte Gesetzesvorhaben ermöglichen mehr Tempo und einfachere Verfahren. Die Vereinbarungen sorgen nun dafür, dass in Deutschland schneller geplant, gebaut und modernisiert werden kann. Von der Sanierung maroder Brücken über den erleichterten Ausbau von Solaranlagen, die schnellere Genehmigung von Bauanträgen bis hin zu zügigeren Planungsverfahren für das Stromnetz: Mit mehr als 100 konkreten Maßnahmen werden Prozesse und Genehmigungen beschleunigt, Bürokratie abgebaut und mehr Verwaltungsleistungen für die Bürger:innen online verfügbar gemacht. Jetzt geht es um die Umsetzung.

Plenum

Der **9. November** erinnerte in dieser Woche in bitterer Weise an eine Wegmarke der Auslöschung jüdischen Lebens hierzulande. Gerade vor dem Hintergrund der historischen Verantwortung, die aus dieser Schuld erwächst, müssen wir uns antisemitischem Hass mit aller Deutlichkeit entgegenstellen und ihn mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Seit dem blutigen Angriff der Hamas auf Israel fühlen sich Jüdinnen und Juden auch in Deutschland wieder bedroht. Es ist unsere Haltung, unser Selbstverständnis und unser Handeln: Nie wieder ist jetzt! Hierzu fand am Donnerstag eine vereinbarte Debatte [statt](#).

Unter den regulären Gesetzgebungsvorhaben stand in dieser Woche unter anderem ein **Update für unser Gesundheitssystem** auf der Tagesordnung: Durch mehr und sichere Digitalisierung sorgen wir dafür, dass die Gesundheitsversorgung für Patient:innen einfacher, besser und transparenter wird. Ab 2025 wird dazu allen gesetzlich Versicherten eine elektronische Patientenakte (ePA) zur Verfügung gestellt, sofern sie nicht widersprechen. Hier werden beispielsweise Arztbriefe, Befunde und Röntgenbilder digital gespeichert. Auch Angaben etwa zu Vorerkrankungen und Allergien sowie eine aktuelle Übersicht über einzunehmende Medikamente sind in der ePA gespeichert. Dadurch können unnötige Mehrfachuntersuchungen sowie Arzneimittelwechselwirkungen vermieden werden (mehr [hier](#)). Auch für Familien wollen wir das Leben leichter machen. Nach dem Bürgergeld und der Wohngeldreform haben wir mit der **Kindergrundsicherung** in dieser Woche das nächste große sozialpolitische Projekt auf den Weg gebracht ([Link](#)).

Initiative Grün für Stadt und Land



Der Bund deutscher Baumschulen (BdB), der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla), der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL) und der Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG) haben sich zur Initiative „Grün für Stadt und Land“ zusammengeschlossen und am Dienstag einen gemeinsamen parlamentarischen Abend veranstaltet. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die zahlreichen klima- und energiepolitischen Vorhaben der Bundesregierung, die für das Stadtgrün bedeutende große BauGB-Novelle und das Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“ ([Link](#)).

Vorstellung Agrarbericht

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche den Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung verabschiedet. Alle vier Jahre informiert dieser über die Situation der deutschen Landwirtschaft. Der diesjährige zeigt, dass unsere Landwirtschaft ein Wirtschaftszweig von existenzieller Bedeutung für uns alle ist und zugleich einem starken Strukturwandel unterliegt. Rund eine Million Menschen erzeugen derzeit in 263.000 landwirtschaftlichen Betrieben unsere Nahrungsmittel. Die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft zusammen mit den ihr vor und nachgelagerten Bereichen liegt bei knapp 218 Milliarden Euro. Weitere Details und der komplette Bericht finden sich [hier](#).

Diskussion zum Tierhaltungskennzeichnungs-gesetz

Das Grünlandzentrums Niedersachsen/Bremen e.V. hatte mich zur Kuratoriumssitzung des Labels PRO WEIDELAND eingeladen. Das Label kennzeichnet Milchprodukte, deren Rohstoffe unter besonderer Berücksichtigung des Wohles von Tier und Umwelt gewonnen wurden. Da ist es verständlich, dass die Einführung des offiziellen staatlichen Labels im Rahmen des THKG Diskussionen hervorruft. Gerne habe ich mich diesen gestellt und verdeutlicht, dass die verpflichtende Kennzeichnung die Leistung der Landwirtinnen sichtbar macht. Da der Termin in einer Sitzungswoche angesetzt war, habe ich mich dafür aus Berlin zuschalten lassen.



DGB in der Landesgruppe

Um den wichtigen Austausch mit den Gewerkschaften regelmäßig weiterzuführen, haben wir in der Landesgruppensitzung am Montag mit DGB-Vertreter:innen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt zu Gast gehabt: Hierbei ging es um verschiedene aktuelle Themen u.a. Ausbildung, Weiterbildung und qualifizierte Einwanderung.

